



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Seydewitz geriet ein wenig in Eifer. Der Herr Gutsbesitzer müssen entschuldigen, aber wenn Sie Ihren Knechten oder den Wildschützen im Fjord gegenüber Recht bekommen wollen, dann flüchten Sie doch zur Polizei.

Er dachte nicht mehr daran, daß er gekommen war, um seine Sache mit Hilmer auszugleichen.

Hilmer wurde rot. Ich habe nicht mehr Dienstbotenprozesse als andre. Ihre Stützeleuten können Sie sich sparen, Herr Referendar. Aber Sie halten es natürlich mit dem andern Kopenhagner. Wie Sie wollen, das geht mich nichts an. Aber ich beschwere mich beim Amtmann. Ich werde doch den Kerl lehren, daß er auf jeden Fall erst mich zu fragen hat. Das tut der Bürgermeister immer. Es ist weiter nichts wie Höflichkeit. Welchem Grunde verdanke ich übrigens die Ehre Ihres Besuches heute? Haben Sie hier Amtsgeschäfte zu erledigen?

Seydewitz fühlte sich nicht gerade behaglich. Doch in diesem Augenblick kam Frau Hilmer aus der Küche, sie hatte erst jetzt erfahren, was geschehen war. Aber um Gottes willen, was gibt es hier? fragte sie außer Atem.

Das war nur die Geschichte mit dem verdamnten Brandassessor, lautete Hilmers Antwort.

Sie ergriff seine Hand. Hans, ich beschwöre dich, er will dich doch nicht verhaften?

Seydewitz zuckte zusammen. Hilmer antwortete beruhigend: Mich! Wer spricht von mir? Nein, Hans Jepsen und Stine find's.

Gott sei Dank. Ja, Hans — ich hatte mich so erschrocken — so, jetzt ist es vorüber.

Seydewitz trat unwillkürlich zu Frau Hilmer, die aussah, als ob sie in Ohnmacht fallen wollte.

Sie bezwang sich jedoch, und mit ein paar entschuldigenden Worten zu Seydewitz ging sie in die Küche zurück. Jnger stand auf der Treppe und blickte verwundert auf den Hof hinab.

Ich hätte gern ein paar Worte mit Ihnen gesprochen, sagte Seydewitz und verneigte sich. Dann gingen Hilmer und er ins Bureau.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 15. August 1909

(Die Entwicklung der kretischen Frage. Der Wechsel im preußischen Kriegsministerium.)

Wieder einmal drohen kriegerische Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel. Der Streit um Kreta ist in ein Stadium getreten, in dem niemand vorherzusagen kann, welcher Lösung die Frage entgegengeführt wird. Die zum vollen Bewußtsein erwachte nationale Energie der neuen Türkei will den letzten Schlußstrich machen unter das alte System, das zur Losreißung eines Bestandteils des ottomanischen Reichs nach dem andern führte. Sie hat die letzte Konsequenz dieses Systems gezogen, indem sie Bulgarien freigab und durch die Beseitigung einer unhaltbaren Halbheit an dem empfindlichsten Punkt ihrer Grenzen freie Hand gewann. Darüber

hinaus jedoch gestattet der Nationalstolz der modernen Türkei keine weitere Abbröckelung; vor allem soll sich Kreta, der alte Herd der Empörungen gegen die türkische Herrschaft, in die Tatsache finden, daß die türkische Oberhoheit unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben soll. Diese Auffassung erscheint, wenn man sich in die Lage der ottomanischen Regierung hineinzuversetzen versucht, durchaus verständlich. Und nicht minder verständlich ist es, daß die verantwortlichen Leiter der türkischen Politik ihr Ziel nicht mehr mit den früher beliebten Mitteln des Hinhaltens, des verschlagenen Abwartens und des passiven Widerstandes zu erreichen suchen, sondern auf dem geraden Wege der entschiedenen Betonung ihres Rechts und der Bereitwilligkeit, dieses Recht mit allen Mitteln zu behaupten. Es ist klar zu erkennen, daß die „Schutzmächte“, die die Lösung der kretischen Frage vor Jahren in die Hand genommen haben — Rußland, Frankreich, England und Italien —, auf diese Politik offenbar nicht eingerichtet sind. Sie haben sie ja doch eigentlich unter ganz andern Verhältnissen unternommen, als ihre eignen Interessen im nahen Orient ihnen nahelegten, sich ein Mittel zur Überwachung der weitem Entwicklung der kretischen Frage zu sichern. Solange die ganze Verwaltung des ottomanischen Reichs auf der Basis asiatischer Mißwirtschaft ruhte, mußte Kreta immer eine eiternde Wunde am Körper dieses Reiches bleiben, und es lag daher im Interesse der nächstbeteiligten Mächte, sich der nationalen Bestrebungen der christlichen Bevölkerung Kretas wenigstens so weit anzunehmen, daß das Ansehen der europäischen Welt im Orient nicht allzusehr litt und der Friede dort nicht dauernd gefährdet wurde. Seit aber die Türkei den ernsten Willen bekundet und betätigt hat, ein moderner Staat zu werden, der allen Rassen und Bekenntnissen in seinen Grenzen ihr Recht werden lassen will, dafür aber auch beansprucht, von fremdem Einspruch in allen Angelegenheiten, die ein Staat der Gegenwart selbständig zu ordnen hat, verschont zu bleiben, will das alte Programm der Schutzmächte freilich nicht mehr so recht passen. Indessen einfach beseitigt werden kann es ebensowenig. Die Schutzmächte sind Griechenland gegenüber verpflichtet, darüber zu wachen, daß die Türkei die der christlichen Bevölkerung oder — was ungefähr dasselbe sagen will — der griechischen Nationalität in Kreta gemachten Zugeständnisse nicht schmälert. Wenn es aber zum Kriege kommt, so wird diese Frage direkt zwischen der Türkei und Griechenland entschieden, und das kann der Autorität der Schutzmächte im Orient einen argen Stoß versetzen. Daraus erklärt sich die gegenwärtige Situation. Die türkische Politik erkennt den schwachen Punkt in der Stellung der Schutzmächte und glaubt durch schroffes Vorgehen und energisches Zupacken ihren Zweck erreichen und die Oberherrschaft in Kreta durch eine moralische Niederlage Griechenlands endgiltig sichern zu können; die griechische Politik begegnet dieser Drohung mit wohlberechneter Mäßigung und Vorsicht unter Berufung auf die Schutzmächte — wohl wissend, daß, je sorgfältiger und ruhiger diese Taktik beobachtet wird, alle Nachteile und Verlegenheiten, die daraus entspringen, in bedeutendem Maße auf die Schutzmächte selbst mitverteilt werden, daß diese daher ein dringendes Interesse daran haben, eine kriegerische Entscheidung zu verhindern.

Nun treten freilich dieser Rechnung auf beiden Seiten einige Posten hinzu, die es fraglich machen, ob die Bilanz stimmt. Was zunächst Griechenland betrifft, so ist die Berufung auf die Schutzmächte im Grunde eine recht schwache Stütze. Denn es wird der Diplomatie nicht an Mitteln fehlen, eine direkte Verständigung der Türkei mit diesen Mächten herbeizuführen, die vielleicht wenig nach den Wünschen der Hellenen ausfällt, und ob dann Dynastie und Regierung stark genug sein werden, das bewegliche und ehrgeizige Volk, das in der Angliederung Kretas

die Erfüllung des lebhaftesten unter seinen unentbehrlichen politischen Träumen sieht, in den Bahnen der Vernunft zu halten, steht dahin. Aber auch die Türkei spielt mit dem Feuer. Vieles deutet ja darauf hin, daß die Schroffheit, die die ottomanische Regierung in ihren beiden letzten Noten an Griechenland gezeigt hat, als ein sehr kräftiger und kühner „Bluff“ aufzufassen ist, aber dieses Vorgehen berührt doch schon so nahe die Grenzen, die selbst der stärkste Bluff zu wahren hat, daß sehr leicht Momente hinzutreten können, die den verantwortlichen Staatsmännern das Steuer aus der Hand nehmen. Zu stark sind in der Türkei die Elemente geworden, deren Ehrgeiz und Selbstbewußtsein sich in einem Zustande so hoher Spannung befinden, daß in einem entscheidenden Augenblick doch die Schranke brechen kann, die eine besonnene Staatskunst vielleicht gern noch aufrecht erhalten hätte. Die Türkei will im Interesse der nationalen Ehre um keinen Preis nach außen hin merken lassen, daß sie vor einem notwendigen Kriege um einen bedrohten Besitzstand zurückschreckt. Das ist begreiflich, aber der wirkliche Ausbruch eines Krieges könnte doch zu einer schweren Prüfung für den Bestand der erneuerten Türkei werden. Niemand kann wissen, wie sie eine solche Krisis überstehen würde. Die reaktionären Kräfte sind überall noch lebendig und wachsam, ja in vielen Teilen des ottomanischen Reiches, wo in der Eigenart der Bevölkerung der religiöse Fanatismus tiefer wurzelt, als dies gemeinhin in der rein türkischen Rasse der Fall ist, werden diese Kräfte nur mühsam niedergehalten, sind sie vielleicht überhaupt noch nicht bezwungen, geschweige denn gewonnen. Überall im Innern herrscht noch Gärung und Spannung; der Weg zur stetigen, aufbauenden Arbeit in dem auf ganz neue Grundlagen gestellten Staatswesen ist noch nirgends ganz frei. Es wäre deshalb unter allen Umständen ein Unglück für die Türkei, wenn sie sich jetzt in einen Krieg mit einer auswärtigen Macht verwickelt sähe, ein Unglück auch dann, wenn dieser Krieg siegreich endete. Denn irgendwie würde die Lage doch benutzt werden, neue Krisen in der türkischen Staatsentwicklung heraufzubeschwören. Darum ist zu hoffen, daß sich die ottomanische Regierung nicht durch die jungtürkischen Heißsporne von der Linie der Mäßigung abdrängen läßt, sondern Herr der Situation bleibt.

Auch wir Deutschen müssen jetzt dieser kritischen Lage in der kritischen Frage Aufmerksamkeit zuwenden, da es vollkommen unberechenbar ist, wie weit Verwicklungen im Orient unter Umständen die Reichspolitik in Mitleidenschaft ziehen. Freilich sind wir nicht direkt beteiligt. Es bleibt bei der bewährten Richtschnur, die Fürst Bülow seinerzeit schon vor nahezu zwölf Jahren bei Erörterung der damals akut gewordenen Kretafrage in einer seitdem berühmt gewordenen Ausführung gegeben hat: wir haben die Flöte auf den Tisch gelegt und den Konzertsaal verlassen. Es ist in der Presse des Auslandes mehrfach davon die Rede gewesen, daß die Schutzmächte sich bemühen würden, für die Schritte, die sie nötigenfalls bei der türkischen Regierung tun müßten, auch die Mitwirkung Deutschlands und Österreich-Ungarns zu gewinnen, sodaß ihr Vorgehen zu einer Kollektivaktion der europäischen Großmächte erweitert würde. Wenn diese Absicht irgendwo bestanden hat, so ist sie jedenfalls durch diplomatische Schritte nicht bestätigt oder gar in die Tat umgesetzt worden. Deutschland und Österreich-Ungarn haben auch, soweit sie in der Lage waren, durch Information der Presse ihre Anschauungen in die Öffentlichkeit zu bringen, rechtzeitig jeden Zweifel darüber beseitigt, daß sie für eine solche Aktion nicht zu haben sein würden. Selbstverständlich hat der deutsche Botschafter in Konstantinopel Gelegenheit gehabt, sich an geeigneter Stelle über die Lage auszusprechen, und aus diesem Anlaß hat er, als die erste schroffe Note der Türkei an die griechische Regierung mit der Forderung eines offiziellen endgültigen

Verzicht auf Kreta geradezu auf eine kriegerische Lösung hinarbeiten schien, freundschaftlich vor einem solchen Vorgehen gewarnt, ohne sich auf eine Stellungnahme zu der materiellen Seite der Streitfrage einzulassen. Bis jetzt liegt keinerlei Anlaß vor, aus dieser zurückhaltenden Stellung herauszutreten. Wir können mit unsern Beziehungen zur Türkei sehr zufrieden sein. Als Mißverständnisse, irreführende Agitationen deutschfeindlicher Mächte und der Rausch, den die Ereignisse bei der großen Umwälzung mit sich brachten, die öffentliche Meinung der siegreichen Partei in der Türkei eine Zeit lang von Deutschland abwandten, haben wir schon damals bemerkt, daß es von unserer Seite nur des kaltblütigen Abwartens bedürfe, um in bezug auf unsre Stellung zur Türkei den Tatsachen wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen. So ist es denn auch gekommen. Nun gilt es, durch Festhalten unser loyalen, uninteressierten und freundschaftlichen Stellung diese wertvollen Beziehungen nicht ohne Not zu gefährden.

Im Innern feiert die Politik, wie die Natur, diesmal ihren verspäteten Sommer. Den ereignisreichen Wochen folgt eine ausnahmsweise stille Zeit. Und doch hat sie uns noch einen verspäteten Ministerwechsel in Preußen gebracht. Der Kriegsminister General v. Einem ist zurückgetreten und durch General v. Heeringen ersetzt worden. Von diesem Wechsel war bisher in der Öffentlichkeit nie die Rede gewesen; er wirkte deshalb sehr überraschend. Näher Eingeweihte wußten nur, daß General v. Einem die schweren Störungen seiner Gesundheit, mit denen er im letzten Winter zu kämpfen hatte, auf die übermäßige Arbeitslast der seiner Natur wenig zusagenden Bureautätigkeit zurückführe, und daß der passionierte Soldat nichts sehnlicher wünsche, als nach sechsjähriger hingebender und erfolgreicher Tätigkeit an so verantwortungreicher Stelle diese mit einer Kommandostelle in der Armee vertauschen zu können. Nun wurde jetzt durch den Rücktritt des Generals v. Bernhardt das Generalkommando des siebenten Armeekorps in Münster frei, und diese Gelegenheit hat wohl Herr v. Einem benutzt, um mit besonderm Nachdruck vom Kaiser die Erfüllung seines dringenden Wunsches zu erbitten, zumal da ihn alte Beziehungen seiner Dienstzeit an dieses Armeekorps besonders knüpften. Aber nicht nur in der Armee, sondern auch im Lande und wohl noch mehr im Reichstag und im preussischen Landtag bedauert man das Scheiden des Generals v. Einem aus dem Kriegsministerium auf das lebhafteste. Alle bürgerlichen Parteien schenken ihm ein Vertrauen, wie es nur wenige seiner Vorgänger nach Roon besessen haben. Es lag etwas in seinem Auftreten, was ihm überall Sympathie sicherte, eine Sicherheit in der Beherrschung der Situation, die in gleicher Weise aus gründlicher Sachkenntnis wie aus einem glücklichen Temperament entsprang und mit einer bezaubernden, echt soldatischen Männlichkeit, Offenheit und Frische ein überaus feines Verständnis für die Eigenheiten, Anschauungsweisen und Bedürfnisse eines modernen Parlaments verband. Wohl jedem, der es mit anhören durfte, wird noch die Szene in Erinnerung sein, als der damalige Generalmajor und Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im Kriegsministerium v. Einem als Vertreter des Kriegsministers einstmals in der Staatsberatung mit den Sozialdemokraten abzurechnen hatte. Mit spielender Überlegenheit, die doch keinen Augenblick die vornehme Sachlichkeit, die strenge Gerechtigkeit und die Achtung vor dem Recht des Abgeordneten vermissen ließ, streckte er den zeternden „Genossen“ in den Sand, und als er nun, sich zu seinem Gegner wendend, mit gutmütig trockenem Humor ihm zum Schluß das Wallensteinztat zurief: „Daß es genug sein, Seni, komm herab! Es graut der Tag, und Mars regiert die Stunde!“ — da durchbrauste ein Beifallsturm das Haus, und einem der „Abgebrühten“ auf der Journalistentribüne entquoll in diesem Augenblick ganz spontan der Ruf: „Der sollte Kriegsminister werden!“ Er ist es auch

geworden und hat, wie ihm sein dankbarer König im Abschiedshandschreiben noch besonders bezeugt hat, in dieser Stellung außerordentlich viel für das Heer geleistet. Schon damals fühlte jeder, der die Wirkung der ganzen Persönlichkeit empfand, daß es sich um mehr als eine glückliche Improvisation handelte, daß hier ein Mann war, der als berufener Vertreter echt soldatischer Auffassungen und der bewährten Traditionen des Heeres zugleich die Fähigkeiten des Staatsmanns und Parlamentariers von Natur besaß und beides in harmonischen Einklang zu bringen wußte. Auch sein Nachfolger, General v. Heeringen, ist kein Neuling im Reichstage. Er hat früher schon als Departementsdirektor im Kriegsministerium in den Jahren 1898 bis 1903 oft genug das Budget in der Kommission zu verteidigen gehabt. Dabei erfreute auch er sich einer weitgehenden Sympathie bei den bürgerlichen Parteien. Auch in der Armee wird, soweit seine Persönlichkeit bekannt ist, diese Ernennung mit Freuden begrüßt werden, wenn doch nun einmal das Wirken des Herrn v. Einem an dieser Stelle entbehrt werden muß. Alle besondern Urteile werden freilich der Zukunft vorbehalten bleiben müssen.

Anmerkung. Mit dem vorliegenden Reichs Spiegel hat unser ständiger Mitarbeiter, der sich während einer Erholungsreise einige Wochen hatte vertreten lassen, seine politischen Betrachtungen wieder aufgenommen.

Die Redaktion

Koloniale Rundschau

Berlin, 17. August 1909

Herr Dernburg weist procul negotiis auf seinem Landgut, um sich von der auch von ihm sicher als aufregend empfundenen Reichstagskampagne zu erholen und neue Kräfte zu sammeln. Er wird sie brauchen. Zwar hat ihn in der verfloffenen Session der Reichstag fein säuberlich behandelt, ob dies aber in der kommenden der Fall sein wird, weiß man nicht gewiß, es will uns sogar sehr fraglich scheinen. Denn Zentrum ist vorläufig wieder Trumpf, und in den Reihen des schwarzen Blocks liebt man Herrn Dernburg nicht sonderlich heiß. Zumal das Zentrum hat es ihm sicher nicht vergessen, daß er seine Popularität dem „Aufstechen der Eiterbeule“ verdankt. Es hat ihn zwar in der Zwischenzeit mit Samtpfötchen angefaßt, sintonmalen es der Staatssekretär meisterhaft verstand, eine Politik zu machen, an der gerade das Zentrum eigentlich nichts aussetzen konnte. Sein Programm der Humanität — was man so in Missionskreisen unter Humanität versteht — und sein strammes Zusammenhalten mit dem Zentrumschützling, Herrn v. Rechenberg, ließ die Herren vom Zentrum wohl ihre Abrechnung zurückstellen. „Rache ist ein Gericht, das kalt genossen werden muß“ — war von jeher ein vom Zentrum befolgter Grundsatz. Fürst Bülow ist ihm soeben zum Opfer gefallen, und Dernburg wird sich hüten müssen, daß es ihm nicht ebenso ergeht. Bis vor kurzem hat er dem Zentrum keine Angriffspunkte geboten. Aber jetzt kann ihm einer seiner größten „Erfolge“, die Entdeckung von Diamantenfeldern in Südwest, sehr gefährlich werden. Der demokratische Flügel des Zentrums wird kaum verfehlen, die Dernburgsche Diamantenpolitik, die nichts weniger als vollstimmlich ist, zum Ausgangspunkt ihrer Kritik an der Kolonialverwaltung zu machen, und weder der feudale Flügel des Zentrums noch die Konservativen dürften ein Interesse daran haben, jenem in den Arm zu fallen. Auch glaube ich, daß die Freikonservativen und Nationalliberalen Herrn Dernburg kaum so wohlgesinnt sind, daß sie ihm die Stange halten werden — es sei denn, daß er es macht wie Herr v. Rechenberg, der dem Ansturm seiner zahlreichen Gegner gegenüber sachte einzulenken beginnt und versucht, die Richtung einzuschlagen, die wir „Nationale Kolonialpolitik“ nennen.

Da wir gerade bei Ostafrika angelangt sind, so wollen wir auf diese Wandlung näher eingehen. Bekanntlich hatte der Gouverneur von Ostafrika, Herr v. Rechenberg,

bisher für die Besiedlung Ostafrikas mit Deutschen, eine der Hauptgrundlagen nationaler Kolonialpolitik, weniger als nichts übrig, er verneinte die Möglichkeit einer Besiedlung, obwohl die besten Kenner des Landes sie bejahten. Herr v. Rechenberg befand sich in dieser wie in andern Fragen in völliger Übereinstimmung mit Staatssekretär Dernburg. Ostafrika sollte nach ihrer Ansicht eine Neger- und Handelskolonie, keine Siedlungskolonie werden. Die ostafrikanische Besiedlungsfrage ist überhaupt neu, erst einige Jahre vorher hatte man ernsthaft darüber nachgedacht. Inzwischen aber hatten die kolonialen Kreise sich energisch der Klärung der Frage zugewandt und die Meinung jener alten Afrikaner nur bestätigt gefunden. Dilettantische Versuche zur Verwirklichung der Besiedlung, wie sie das „Ostafrikanische Besiedlungskomitee“ trotz aller Warnungen in Angriff genommen und trotz offenkundiger Mißerfolge und Verluste jahrelang mit einer Zähigkeit verteidigt hatte, die einer bessern Sache würdig war, schädeten zunächst mehr, als sie nützten, denn sie schienen dem besiedlungsfeindlichen Gouverneur recht zu geben und verzögerten so die Entwicklung bis zu einem gewissen Grade. Aber unter dem Druck der öffentlichen Meinung, für die nun einmal die Ansiedlung von Auswanderungslustigen von dem Begriffe Kolonialpolitik untrennbar ist, schien es der Kolonialverwaltung dann doch ratsam, der Frage näherzutreten und die in Frage kommenden Gebiete zu erkunden, eine Aufgabe, der sich im verfloßnen Jahre der Unterstaatssekretär v. Lindequist unterzog. Sein Bericht über die Ergebnisse dieser Erkundungsreise, an der auch verschiedne Spezialfachverständige teilnahmen, ist noch nicht der Öffentlichkeit übergeben, aber so viel geht aus seinen Äußerungen daheim und draußen schon jetzt hervor, daß er verschiedne Gebiete Ostafrikas zum Beispiel zur Farmwirtschaft für hervorragend geeignet hält und auch sonst der Besiedlung freundlich gegenübersteht. Vermutlich hat sich Herr v. Lindequist dem Gouverneur gegenüber noch viel eingehender ausgesprochen, und dieser mußte einsehen, daß sein Widerstand nichts mehr nützen würde. Er begann also fast auf der ganzen Linie einzulenkten. Sein Leiborgan, die Daresa-lamer „Rundschau“, die sich im Anfang ihres Bestehens nicht genug tun konnte, die Besiedlung zu verurteilen, brachte unlängst einen Artikel, der doch wohl die völlige Sinnesänderung des Gouverneurs in der Besiedlungsfrage dokumentierte. Es handelt sich darin vorwiegend um die Nyassa-Hochländer, deren Besiedlung auf Grund der klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnisse als aussichtsvoll erklärt wurde. Nur die Verkehrsverhältnisse wurden als Hinderungsgrund angegeben. Voraus sich u. E. die Pflicht der Regierung ergibt, baldigst für eine Bahnverbindung nach jenen Gebieten zu sorgen. Schon vor vielen Jahren wurde allgemein, auch an dieser Stelle eine Bahn nach dem Nyassa, die „Südbahn“, aus vielen Gründen für besonders notwendig und wertvoll bezeichnet. Zu diesen Gründen ist nun noch — anerkannt vom Gouverneur selbst — die Besiedlungsfähigkeit durch Deutsche getreten. Wir nehmen an, das dies für die Bahn den Ausschlag geben wird, wenn immer man ernsthaft und ehrlich die Besiedlung fördern will. Die Nordbahn wird jetzt sowieso nach dem Kilimandsjaro weiter gebaut und erschließt somit Siedlungsland erster Klasse. Ebenso rückt die Zentralbahn vor, und vermutlich wird sie über kurz oder lang eine Zweigbahn zur Erschließung des Uhehe-Hochlands aussenden, das ebenfalls zur Aufnahme von Ansiedlern hervorragend geeignet ist.

Auch sonst, insbesondre in der von uns schon oft erörterten Eingeborenen- und Arbeiterfrage und in der Frage der Selbstverwaltung der europäischen Bevölkerung scheint der Gouverneur einzulenkten. Fehlt nur noch die Forderung, in der bis dato keine Änderung zu bemerken ist, obwohl es höchste Zeit wäre.

Zu der Schwenkung des Herrn v. Rechenberg mag daneben der unleugbare Umstand sehr viel beigetragen haben, daß seine Politik in verschiedner Hinsicht üble Früchte zu tragen beginnt.

Da ist zunächst der große Pulverdiebstahl in Daresälam, der ein eigenartiges Licht auf die Wirkungen der Zunder- und Eingebornenfreundlichkeit des Gouverneurs wirft. Wir haben schon wiederholt daran erinnert, daß verschiedene Zunder die Seele der Aufstände in Ostafrika gewesen sind, und zwar nur aus gemeinem Eigennuß, da sich dabei durch Waffen- und Pulverlieferung an die Aufständischen ein schönes Stück Geld verdienen ließ. Leider hielt Herr v. Rechenberg über die des Hochverrats überführten Zunder seine Hände, sodaß ihnen nicht viel passierte, während die armen verführten Schwarzen baumeln mußten. Das Späßige an der Sache ist nun, daß das im Daresälamer Arsenal gestohlene Pulver dazu diente, uns zu bekriegen, und daß vermutlich dieses Pulver dasselbe war, das von den Schülern des Herrn v. Rechenberg damals geschmuggelt wurde. Bei dem Prozeß konnte das alles nicht mehr in vollem Umfange nachgewiesen werden, und so konnte nur ein Teil der Schuldigen verurteilt werden. Die Tatsache, daß die wirklich überführten tüchtige Strafen erhielten — bis zu acht Jahren mit den üblichen zweimal 25 Hieben —, vermag nicht mit dem Gedanken auszuföhnen, daß vielleicht gerade die Hauptgauner frei ausgehn.

In Daresälam wird ein kleiner Rehraus stattfinden müssen, denn es sind ansehnliche Mengen Pulver gestohlen worden, und zwar zehn bis zwölf Jahre lang. Das war doch wohl nur möglich, weil offenbar die verantwortlichen Beamten nicht auf dem Posten waren.

Wenn diese Enthüllungen über die Undankbarkeit seiner Schüler der Zunder- und Negerfreundlichkeit des Herrn v. Rechenberg keinen Stoß versetzt haben, so ist ihm nicht zu helfen.

Wie übrigens ein Unglück selten allein kommt, so würde dem Gouverneur neben der politischen auch die wirtschaftliche Verderblichkeit seiner Politik ad oculos demonstriert durch die Handelsstatistik des Jahres 1908, die soeben veröffentlicht worden ist. Wie aus dieser hervorgeht, hat der Handel nur um rund 300 000 Mark zugenommen. Dieses Ergebnis ist um so dürftiger, da diese Zunahme lediglich der vermehrten Einfuhr von Eisenbahnmateriale zuzuschreiben ist. Also ein mehr als kümmerlicher Erfolg in einer Kolonie, die nach Dernburg und Rechenberg eine „Handelskolonie“ sein soll. Da lobe ich mir die respectable Zunahme in Südwest, das „nur“ Siedlungskolonie ist! Natürlich ist diese Stockung in Handel und Wandel lediglich eine Folge des erbitterten Kampfes zwischen Gouverneur und Ansiedlern. Wie sollte sich das Land entwickeln, wie sollten die Neger lernen, sich an der Erschließung des Landes lebhafter zu beteiligen, wenn sie sahen, wie der Gouverneur ihre sogenannten „Rechte“ gegen die Weißen verteidigte!

Item: Das alles mag den hochgemuten und kriegerischen Sinn des Herrn v. Rechenberg bedeutend herabgestimmt haben.

An sich ist dieses Einlenken des Gouverneurs im Interesse des Friedens ja recht erfreulich, und die Ansiedler scheinen ihm die Friedenshand reichen zu wollen, wenigstens atmen die letzten Nummern der ostafrikanischen Zeitungen Versöhnung. Nun, unsre Landsleute müssen am besten wissen, ob sie zu dem Gouverneur, mit dem sie wenige Wochen zuvor noch einen erbitterten Kampf geführt haben, noch Vertrauen fassen können. Herr v. Rechenberg ist ja ohne Zweifel eine energische und in gewisser Hinsicht sympathische Persönlichkeit. Aber eben darum will es uns unwahrscheinlich erscheinen, daß bei ihm eine grundsätzliche Wendung in seinen Anschauungen eingetreten sein sollte. Aber die Aufgaben, die jetzt an den Gouverneur herantreten werden, fordern, daß er mit dem Herzen bei der Sache ist, sonst können die

deutschen Siedlungen in Ostafrika nicht gedeihen. Das werden sich unsre Vandsleute draußen und nicht minder die Kolonialverwaltung zu überlegen haben.

Südwestafrika hat inzwischen seine fünfundzwanzigjährige Jubelfeier festlich begangen, und auch dort ist ein gewisser Ausgleich der Mißstimmung zwischen Ansiedlern und Kolonialverwaltung eingetreten. Nur der Streit um die Diamanten dauert in unverminderter Erbitterung fort. Und man kann den Südwestafrikanern diese Erbitterung wohl nachfühlen; denn die Diamantenpolitik der Kolonialverwaltung ist — gelinde gesagt — reichlich einseitig und fordert zur Kritik heraus. Und vom heimischen Standpunkt aus berührt die Stellung des Kolonialamts gegenüber dem wahnsinnigen Spekulationstaukel an der Berliner Börse wenig sympathisch. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß amtlicherseits nicht die Zurückhaltung geübt wird, die notwendig wäre, damit die Diamantenproduktion und der Handel in einschlägigen Werten in solide Bahnen gelenkt wird.

Der Handel Südwestafrikas im Jahre 1908 weist gegen 1907 eine Zunahme von fast sieben Millionen Mark auf, wovon allein über sechs Millionen auf die Ausfuhr kommen. Zu bemerken ist, daß die Diamantenausfuhr damals noch nicht von Belang war, die Zunahme also zum großen Teil der Entwicklung der Landwirtschaft zu verdanken ist.

Das nachbarliche Verhältnis zu den Engländern in Südafrika hat wieder einmal einen derben Stoß erlitten. Man erinnert sich, daß etwa vor Jahresfrist Hottentottenbanden im Süden unsrer Kolonie gemordet und geraubt hatten. Da die Halunken über die englische Grenze geflüchtet, aber dort von der Skopolizei festgenommen worden waren, so hatte der Gouverneur bei der Kapregierung die Auslieferung der Verbrecher in aller Form beantragt. Nun soll, wie man hört, das kapländische Obergericht, das verfassungsgemäß über den Antrag zu befinden hatte, diesen abgelehnt haben, „da es sich bei den fraglichen Raubzügen nicht um gewöhnliche Verbrechen, sondern — um politische Handlungen, einen kriegerischen Akt handle“. Kommentar vorläufig überflüssig. Wir werden aber in einem der Veröffentlichung harrenden Aufsatz über „Südwest im Jubeljahre 1909“ auf all das eingehend zurückkommen. Inzwischen hoffen wir, daß die Regierung desto mehr über diesen unglaublichen Skandal zu sagen haben wird, wenn er sich bestätigen sollte. . . .

Die Südafrikanische Union, der die Kapkolonie, Transvaal, die Drangekolonie und Natal beigetreten sind (der Beitritt der übrigen Teile Südafrikas bleibt ausdrücklich in der Verfassung vorbehalten), ist inzwischen wirklich zustande gekommen und wirkt hoffentlich auf das Verhältnis zwischen Deutsch- und Britisch-Südafrika günstig ein. Dazu ist immerhin Hoffnung vorhanden, denn das Burentum hat entschieden in dem neuen Bundesstaate das numerische und moralische Übergewicht. Auch darauf werden wir in dem erwähnten Aufsatz zurückkommen.

Auch über Kamerun und Togo ist mancherlei zu berichten. Bemerkenswert ist zunächst, daß auch diese hoffnungsvollen Kolonien in diesem Jahre auf ein fünfundzwanzigjähriges Bestehen zurückblicken können. Allerdings hat Kamerun gerade in diesem Jubeljahre das Pech, einen bedeutenden Rückgang seines Handels im Jahre 1908 in Höhe von über 400 000 Mark feststellen zu müssen, nachdem das vorhergegangene Jahr einen beinahe beispiellosen Aufschwung gebracht hatte. Dieser Rückgang erklärt sich aber vorwiegend aus den niedrigen Weltmarktpreisen der kameruner Erzeugnisse, der die Neger nicht, wie dies beim Europäer der Fall sein würde, zu desto größeren Anstrengungen anstachelt, sondern sie entmutigt und teilweise die Hände in den Schoß legen läßt. Nebenbei wieder ein Beweis für die geringen wirtschaftlichen Fähigkeiten des Negers. Infolgedessen wurde weniger produziert und ausgeführt, wodurch sich wiederum die Kaufkraft verringerte, somit auch die Einfuhr.

Desto besser hat sich Togo gehalten, das wieder eine erfreuliche Weiterentwicklung seines Handels aufweisen kann.

Nicht unerwähnt darf bleiben, mit welcher Konsequenz und mit welchem Verständnis Gouverneur Graf Zech die Eingebornenfrage auffaßt. Schon aus dem letzten Jahresbericht der Kolonie (der „Denkschrift“) ging hervor, daß er für die Halbbildung, die durch manche Missionschulen unter den Schwarzen verbreitet wird, nicht viel übrig hat, weil die Missionschüler vielfach nachher ein arbeitsscheues und lästiges Element bilden. Und die in Togo ansässigen Europäer haben dies jetzt bestätigt, indem der Gouvernementsrat soeben den Antrag einer Mission, den amtlichen Beitrag zur Unterstützung ihrer Schule zu erhöhen, auf Empfehlung des Gouverneurs mit gleichlautender Begründung abgelehnt hat. Zur Nachseiferung in den andern Kolonien empfohlen. Ja ja, das Musterlände!

In der Südsee herrscht die Ruhe nach dem Sturm und wohl auch vor dem Sturm. Im Herbst nach Zusammentritt des Reichstags wird wieder allerlei über Neu-Guinea und Samoa zu sagen sein, jetzt hat es keinen Zweck, um so mehr als die leidigen Dinge bis zum Überdruß von allen Seiten durchgekaut worden sind, bis jetzt anscheinend ohne nennenswerte Wirkung auf die Kolonialverwaltung. Der Handel Samoas weist im Jahre 1908 eine kleine Steigerung auf. Die Einfuhr hat um eine Viertelmillion abgenommen, dagegen hat die Ausfuhr fast um eine Million zugenommen.

In Kantschou hat man wieder einen weitem Schritt zur kulturellen Hebung Chinas getan. Man hat junge Chinesen, die in Europa studiert haben, gewissermaßen als Volontäre in der Verwaltung angestellt. Hoffentlich wird uns auch dieses Entgegenkommen Vorteil bringen. — Inzwischen sind die Chinesen eifrig an der Arbeit, den Portugiesen den kümmerlichen Rest ostasiatischer Kolonialherrlichkeit, den Hafen Macao, der eigentlich nur noch von Opiumsmugglern lebt, vollends abzunehmen. Die Rechte der Portugiesen werden zum Teil offiziell angefochten, und diese Aktion wird durch Fußtenierung eines wohlorganisierten Boykotts gegen portugiesische Waren wirksam unterstützt. Die Portugiesen täten am besten, sich die zweifelhaften Rechte zu einem anständigen Preis abkaufen zu lassen, denn Macao nützt ihnen doch nichts mehr. Der Vorgang ist aber symptomatisch für das Streben Chinas, sich der „fremden Teufel“ zu entledigen. Bei den Portugiesen ist das ungefährlich und schon jetzt möglich. Bei uns erlaubt man sich natürlich noch nicht, so deutlich zu werden. Aber die gegenwärtige Eisenbahnpolitik Chinas läßt doch deutlich erkennen, daß man uns eines Tages auch hinauseln will. Übereifrige Patrioten waren sogar schon ganz aus der Rolle gefallen und hatten es auch uns gegenüber mit dem Boykott versucht. Natürlich wollte die chinesische Regierung davon nichts wissen. Seien wir aber ehrlich: wir werden die Kolonie keine 88 Jahre mehr halten können, denn dank den Bemühungen der europäischen Völker wird China eines Tages politisch auf eignen Füßen stehen und — das wollen wir schließlich lieber nicht abwarten, denn dann werden wir zwangsweise hinausgedrängt. Inzwischen sieht China vergnüglich zu, wie die europäischen Völker wetteifern, China zu erschließen. Hoffentlich finden wir den richtigen Zeitpunkt dafür, unsern Territorialbesitz gegen solide handelspolitische Vorteile und rundes Geld einzutauschen. Da es sich in China lediglich um materielle Interessen handelt, können wir unbeschädigt der Solidaritätspflicht der weißen Rasse (mit der es übrigens die Engländer, unsere Hauptkonkurrenten in China, nie genau genommen haben — siehe den oben erwähnten Fall in Südwest) uns auf den Standpunkt stellen: „Komm ich mit guter Art davon, kann auch der Teufel holen.“

Rudolf Wagner

Achter Internationaler Gefängnis Kongreß, Washington 1910. Zum achtenmal seit seinem Bestehen tritt im Jahre 1910 der Internationale Gefängnis Kongreß zusammen und hat diesmal Washington als Versammlungsort erkoren. Im Jahre 1872 ins Leben gerufen durch eine Anregung des damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Grant, hat der Kongreß in fünfjährigen Zwischenräumen bisher in London, Stockholm, Rom, St. Petersburg, Paris und zuletzt in Budapest getagt.

Die Arbeiten des Gefängnis Kongresses umspannen ein großes Feld. Treffend sagte bei der Eröffnungssitzung der Präsident der Budapester Versammlung, daß „das Gefängniswesen sich zu einer ausgedehnten Wissenschaft entwickelt hat, welche nicht bloß die Modalitäten des Vollzuges der Freiheitsstrafe, sondern auch die strafpolitischen Probleme des Organismus der staatlichen und sozialen Präventivmaßnahmen umfaßt“. Der Gefängnis Kongreß ist im ganzen genommen eine internationale Organisation gegen das Verbrechen. Demgemäß beschäftigt er sich naturgemäß mit allen Fragen der Strafgesetzgebung und der Strafvollstreckung; aber dabei begnügt er sich nicht: den Ursachen der Verbrechen, dem Wesen der Verbrecher und Verbrechen, den Vorbeugungsmaßnahmen, dem Schutz der menschlichen Gesellschaft, der Bewahrung der Kinder, der Ausbreitung der Volkserziehung, Moralität und Religiosität, der Errichtung von Arbeitsvermittlungsanstalten, dem Kampf gegen den Alkohol, der Abwendung der Bettelei und Vagabondage, den Fürsorgeanstalten für Minderwertige und Hilflose und andern Problemen mehr hat er sein Augenmerk zugewandt und wirkt befruchtend und anregend durch die Geistesarbeit vieler erfahrenen Gelehrten, Fachleute und interessierter Männer aus allen Ständen des Volkes.

Es ist ein merkwürdiges Zeichen unsrer Zeit, daß sich einem der wichtigsten Gegenstände sozialer Fürsorge, dem Gefängniswesen, so wenig das tiefergehende Interesse der breiten Öffentlichkeit zuwendet. Mit einem leichten Gruseln, oft mit Abscheu, meidet das Publikum jede Betätigung an Arbeiten auf diesem Gebiete. Die Folge ist eine große Unkenntnis in allen Dingen, die mit dem Gefängniswesen irgendwie in Berührung stehn. Und dabei ist vielleicht auf keinem Gebiete des öffentlichen Lebens mehr Hilfe notwendig, und nirgends öffnet sich ein dankbareres Arbeitsfeld als hier.

Außerdem hat aber das große Publikum aus eigenem Selbsterhaltungstrieb allen Anlaß, sich mit den Fragen moderner Strafvollstreckung recht lebhaft zu beschäftigen. Die Sicherheit der Öffentlichkeit ist noch lange nicht in genügender Weise gewährleistet. Tausende von Verbrechern verlassen täglich nach verbüßter Strafe als freie Bürger ungebeffert und ungebeugt die Strafanstalten und Gefängnisse und werden zur Plage ihrer Mitmenschen, die sie schädigen an Gesundheit, Gut und Blut, bei Tage und bei Nacht, bei der Arbeit und bei der Erholung.

Soll aller Schutz nur lediglich in die Hände der wenigen dafür eingesetzten Behörden gelegt sein? Und wie sollen diese Behörden jenen Schutz herbeiführen, wenn das Publikum sie so gar nicht unterstützt und den grundlegenden Fragen und Tatsachen so wenig Verständnis entgegenbringt?

An die Mitarbeit der Bürger aller zivilisierten Länder wendet sich der Internationale Gefängnis Kongreß, indem er sein Arbeitsprogramm vorher verkündet und um Aufklärung, Mitwirkung, Beteiligung und schließlich auch um Verständnis für seine Bestrebungen bittet.

In vier Abteilungen pflegt der Gefängnis Kongreß seine Arbeiten zu erledigen: *legislation pénale, institutions pénitentiaires, institutions préventives, questions relatives à l'enfance et aux mineurs*. Diese vier Abteilungen werden auch 1910 in Washington unter Leitung und Mitwirkung angesehener Fachleute aller

Völker der Welt zusammentreten und unter anderm über folgende interessante Themen beraten: Wird einer unbestimmten Verurteilung, wie sie bis jetzt in Amerika eingeführt ist, ohne Maximal- und Minimaleinschränkung zugestimmt? Welche Klassen von Verbrechern sollen dieser unbestimmten Verurteilung, nach der die Länge der Strafe sich bestimmt nach der Fähigkeit des Verurteilten für das Leben in der Freiheit, unterstellt werden, und welche Klassen sollen ausgeschlossen bleiben?

Welches sind die wesentlichen Prinzipien eines modernen Besserungssystems bei der Strafvollstreckung, und nach welcher Richtung soll eine Anwendung etwa begrenzt werden? Welche Verbesserungen empfehlen sich hinsichtlich einer vorzeitigen bedingten Entlassung aus der Strafhast?

Welche Erfolge sind mit dem Strafaufschub erzielt worden? Empfiehlt es sich, denselben noch mehr als bisher zu erweitern? Welche Maßregeln lassen sich treffen zur Unterdrückung der Bettelerei und des Vagabondierens? Wie kann den notleidenden Familien der mit Freiheitsstrafen belegten am besten geholfen werden? Haben die Versuche, die mit Internierung von trunksüchtigen und minderwertigen Gefangenen in besondern Anstalten gemacht worden sind, Erfolge gezeitigt?

Wie ist das Strafverfahren gegen Jugendliche am zweckmäßigsten zu gestalten? Welche Maßnahmen sind zu treffen, um dem Müßiggang und dem Heruntretreiben der Kinder in der Großstadt zu begegnen? Welche Schutzmaßnahmen erscheinen angezeigt gegenüber unehelich gebornen Kindern?

Jede dieser Fragen enthält eine Fülle von Gedanken und beschwört eine Unmenge schreiender Notwendigkeiten herauf. Es gibt so viele Gefängnis-, Fürsorge-, Besserungs- und andre Vereine dieser Art, wie sie sich auch nennen mögen. Mehr oder weniger bereitwillig zahlen die wenigen freiwilligen und meist unfreiwilligen Mitglieder ihren Beitrag in klingender Münze und finden sich gewöhnlich einmal im Jahre zur Entgegennahme des Rechenschaftsberichts zusammen, um dann schleunigst auseinander zu fliehen und keine unnütze Zeit bei der unfruchtbaren Sache zu verlieren. Mögen sich hier Männer finden, die diese kleine Schar beisammen zu halten verstehen, die selbst durchdrungen von der Wichtigkeit der Mission des modernen Gefängniswesens und der aufblühenden Gefängniswissenschaft das Verständnis dafür und für die damit verbundenen großen Aufgaben zu vertiefen und zu erweitern wissen. Es handelt sich ja um die edelsten aller Kulturaufgaben, um die Überwindung unser selbst zum Guten und um die Hilfe an denen, die dazu nicht imstande waren.

Die Mittel und Wege dazu will auch der Gefängnis-Kongress ergründen und weisen helfen; er rechnet dabei auf das Wohlwollen und Interesse der Kulturvölker.

Georg Stammer in Berlin

Im Lande des Erdbebens. Ein hochinteressantes Buch liegt vor uns, geschrieben von einem seit Jahren in Rom lebenden Berichterstatter einer der ersten deutschen Zeitungen, der Italien aufs genaueste kennt, und der dank seiner Beziehungen sowohl bei den Erdbebenkatastrophen in Kalabrien in den Jahren 1905 und 1907 als auch bei dem Ausbruch des Vesuv im Jahre 1906 und schließlich bei dem letzten großen Unglück vom 28. Dezember 1908 die Unglücksstätten schon zu einer Zeit besuchen konnte, da sonst nur Offiziere und Beamte zugelassen wurden. Das kleine Werk*) ist eine lose Folge von Berichten, die seinerzeit alle unter dem unmittelbaren Eindruck des Gesehenen und Gehörten an Ort und Stelle niedergeschrieben worden sind. Dazwischen eingestreut finden sich einige Aufsätze über den Brigantaggio, die Maffia und die Camorra und über einige aufsehen-erregende Vorkommnisse im innerpolitischen Leben jener Gegenden, die nur auf

*) Im Lande des Erdbebens, vom Vesuv zum Ätna. Land und Leute in Sizilien und Kalabrien, die vulkanischen Katastrophen von 1905 bis 1908, Zerstörung von Messina und Reggio von Dr. Alb. Zacher. Stuttgart, Jul. Hoffmann, 1909. 316 Seiten.

Grund, der genauen Kenntnis der Naturgeschichte der Süditaliener überhaupt verständlich sind. So schildert er die letzten Korruptionsstandale von Neapel und den Prozeß und Triumph des Exministers Rasi, der mit Staatsgeldern gewirtschaftet hatte wie mit seinem Eigentum, und der trotz seiner Verurteilung zu schwerer Strafe in seiner Vaterstadt wie ein nationaler Held gefeiert und immer wieder zum Abgeordneten gewählt wurde.

Während wir dem Verfasser auf seinen Kreuz- und Quersfahrten, die oft an die eines Kriegsberichterstatters erinnern, folgen, erleben wir förmlich all das Unglück mit ihm. Der Verfasser schildert nicht nur in ungewöhnlich lebensvoller Weise Einzelbilder, sondern gibt sich auch an jedem Ort redlich Mühe, den Gesamtverlust festzustellen — oft freilich vergeblich, denn nicht einmal die Gesamtzahl der Toten wird je genau ermittelt werden, geschweige denn die der Verletzten und ebensowenig der Sachschaden. Die Zahlen sind dem Verfasser aber offenbar auch nicht die Hauptsache; auch schwelgt er nicht wie andre in der Schilderung des Entsetzlichen oder Kühnsten; sein Ziel ist ein andres: er zeigt uns auf dem Hintergrunde der vier je in Jahresfrist aufeinanderfolgenden Katastrophen das Volk von Süditalien und seine Regierung.

Mehrere hundert Beamte, Geistliche, Leute jeden Standes führt er mit ihren eignen Worten redend ein, und auf Grund dieser Zeugnisse von Italienern entrollt sich vor unsern Augen ein Bild — das wir lieber nicht gesehen hätten. Eine Regierung, die von den sich Jahr für Jahr wiederholenden Naturereignissen immer in gleicher Weise überrascht wird, weil sie nichts gelernt und nichts vorgeesehen hat, die höchsten Autoritäten an den Unglücksstätten kopflos oder ihre Anordnungen gegenseitig durchkreuzend, eine Bevölkerung, die zu jeder Selbsthilfe zu indolent ist, die alle Hilfe von der Regierung erwartet, der sie gleichzeitig das ausgesprochenste Mißtrauen hinsichtlich der Gerechtigkeit in Verteilung der Hilfgelder entgegenbringt, eine Bevölkerung, von der jeder einzelne — mit rühmlichen Ausnahmen — noch Nutzen aus dem allgemeinen Unglück ziehen will!

Der Verfasser zeigt uns nicht bloß den Barkenführer und den Kutscher, die unerschwingliche Preise verlangen für die kleinsten zur Rettungsarbeit nötigen Dienste, sondern auch den Großgrundbesitzer, der die ruinierten hungernden Bauern unter der Form von Darlehen um ihr bißchen Grund und Boden bringen will, die Nachbarkräfte, die das „tote“ Messina beerben wollen, die Abgeordneten, die aus dem ganzen Wirrwarr politisches Kapital zu schlagen suchen. Mit greifbarer Deutlichkeit sehen wir die zur Apathie gesteigerte Indolenz der Geretteten, die nicht einmal mit Hand anlegen wollen, um ihre Toten zu bestatten, und die trotz der fortdauernden Erdstöße in ihren halbzerstörten wackelnden Häusern bleiben, um nicht naß zu werden. Wir sehen sie voll religiöser Schwärmerei um das Heiligenbild in der Kirche herumstehn, ohne daß sie sich einen Gedanken darüber machen, warum von der ganzen Kirche nichts übrig geblieben ist als — das Bild des Schutzpatrons.

Der Verfasser vermeidet es offenbar grundsätzlich, über seine Beobachtungen ein eignes Urteil abzugeben, er gibt immer nur die — natürlich recht subjektiven — Stimmungsausbrüche der Umstehenden. Nur bei wenigen Veranlassungen macht er eine Ausnahme, so, wenn er mit Ausdrücken der höchsten Anerkennung von den Leistungen der italienischen Offiziere und Mannschaften spricht, die zur Hilfeleistung kommandiert worden waren. In seiner Vorrede „billigt er der Regierung mildernde Umstände zu“, begründet den Tiefstand des süditalienischen Volkes aus den geschichtlichen Verhältnissen und schließt mit folgenden Worten, die jeder, der auch nur vorübergehend in Süditalien war, unterschreiben wird: „Einzelne rührende Handlungen der Uneigennützigkeit und des Opfermuts, die aus den Kreisen der untern Volksklassen berichtet werden, liefern den Beweis, daß auch in Sizilien der Kern der

Bevölkerung ein guter ist, er muß nur sorgfältig herausentwickelt und gepflegt werden. . . . Hier erwächst der italienischen Regierung eine Aufgabe, die beinahe größer ist als die, das Land vor Erdbeben zu schützen, nämlich die Rettung des Volkes aus Noth und sittlicher Verwahrlosung."

Ein unveröffentlichter Brief Napoleons des Ersten. So sehr Napoleon auch für seine Brüder Joseph, Ludwig und Jérôme sorgte und ihnen die Königsthronen von Spanien, Holland und Westfalen zu sichern suchte, so sehr bestand er darauf, daß sich die Brüder ganz in den Dienst seiner politischen Maßnahmen stellten. Wagten sie einmal, anderer Meinung zu sein, so fuhr er sogleich rücksichtslos dazwischen, kündigte ihnen seine Bruderkiebe und drohte mit Demütigungen und Absetzung. Besonders charakteristisch ist ein jüngst in genauem Wortlaut veröffentlichter Brief, der vom 24. März 1809 stammt und an seinen Bruder Ludwig, König von Holland, gerichtet ist. Dieser Brief ist in der durch ein Dekret Napoleons des Dritten 1854 veröffentlichten Correspondance ausgelassen. Napoleon der Dritte wollte offenbar seinen Vater Ludwig durch einen solchen Brief nicht kompromittiert wissen. Ludwig hatte gegen die Anordnungen seines Bruders die holländischen Häfen dem englischen Handel geöffnet und englische Warenlager in seinem Lande errichten lassen. Darauf bezieht sich der folgende Brief Napoleons des Ersten:

Monsieur mon frère,

En vous plaçant sur le trône de Hollande, je n'avais d'autre but que de vous faire concourir à l'accomplissement de mes desseins. Quel que soit ce titre de roi, dont j'ai bien voulu vous honorer, vous ne deviez point oublier que j'étais le centre auquel toutes vos actions royales devaient se rapporter. J'apprends, cependant, qu'au mépris de mes volontés vous souffrez paisiblement que vos ports soient ouverts au commerce anglais, que votre royaume soit leur entrepôt, et vos marchés les lieux où se débitent leurs marchandises. Si vous ne réprimez pas, sur-le-champ, un ordre de choses aussi contraire à mes intérêts, je serai contraint d'oublier que vous êtes mon frère et roi. Cette lettre n'étant à autre fin, je prie Dieu, etc.

E. G.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig und George Kleinow in Berlin-Friedenau. Alle Zuschriften an die Redaktion sind nur nach Leipzig, Inselstraße 20, zu richten. Verlag von Fr. Wiltb. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Was Deutschland leistet

zeigen „Salem Aleikum“-Cigaretten, die in bezug auf Feinheit des Tabaks wie auf hygienische und technische Vollkommenheit der Herstellung ein Muster modernster Cigarettenfabrikation sind. Salem Aleikum-Cigaretten. Keine Ausstattung, nur Qualität. Echt mit Firma: Orientalische Tabak- und Cigarettenfabrik „Yenidze“, Inh. Hugo Zietz, Dresden. Deutschlands größte Fabrik für Handarbeits-Cigaretten.

	Nr. 3	4	5	6	8	10
Preis:	3 1/2	4	5	6	8	10 Pfg. das Stück